

Diskussionsveranstaltung 25. November 2005

„Die besonderen Herausforderungen in den einzelnen Bundesländern“

Den Schlusspunkt auf der Regionalkonferenz setzte eine Diskussionsveranstaltung über die besonderen Herausforderungen in den Bundesländern. Teilnehmer waren auf dem Podium Günter Piening, Beauftragter des Berliner Senates für Integration und Migration und John Gerardu, Senat für Arbeit, Gesundheit, Jugend und Soziales der Stadt Bremen. Moderiert wurde die Veranstaltung von Thomas Heppener, Anne Frank Zentrum.

Eröffnet wurde die Veranstaltung mit zwei längeren Eingangsstatements der beiden Redner zur jeweiligen Situation und den Besonderheiten in ihren Bundesländern.

Günter Piening betonte zunächst, dass der Berliner Senat den Kampf gegen Rechtsextremismus in der Hauptstadt aktiv mit finanziellen Mitteln unterstützen würde. Auch in Berlin sei das Gefährdungspotential, dass von rechtsextremistischen Gruppierungen ausgehe gestiegen und es gebe eine erschreckende Akzeptanz rechtenGedankengutes. Berlin sei aufgrund seiner Historie ein besonders reizvoller Anziehungspunkt mit Symbolkraft für nationalistische und rechtsextreme Gruppierungen, wie die wiederholten Versuche der NPD durchs Brandenburger Tor zu marschieren, gezeigt hätten. Organisationen wie die NPD würden besonders in den Berliner Randbezirken wie z.B. Treptow-Köpenik über gut ausgebildete Strukturen verfügen und eine enge Verzahnung mit Gruppierungen im brandenburgischen Umland aufweisen. Gegen diese Entwicklung hat der Berliner Senat vor zwei Jahren ein Programm „Gemeinsam gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ aufgelegt. Im ersten Jahr seines Bestehens (2004) sei das Programm mit 1,5 Mio. Euro unternommen gewesen und 2005 hätten noch 1,25 Mio. Euro zur Verfügung gestanden. Auch für die beiden kommenden Jahre seien jeweils 1,25 Mio. Euro an Geldern für dieses Programm zu erwarten. Mit den Geldern aus diesem Programm würden zur Zeit 35 Maßnahmen gefördert. Oberstes Ziel sei weniger die direkte Bekämpfung des Rechtsextremismus, sondern die Stärkung von Zivilgesellschaft und Demokratie durch Projekte, die direkt im Kiez oder Sportverein angesiedelt sei-

en. Piening erklärte sich überzeugt davon, dass man in der Mitte der Gesellschaft die Arbeit beginnen müsse. Zentrale Säulen seine dabei kommunale Aktionspläne und Kommunalanalysen, die an den speziellen Gegebenheiten in den einzelnen Stadtteilen anknüpfen. Es sei bereits viel bewegt worden. In einigen Berliner Bezirken gebe es bereits eine starke Auseinandersetzung mit dem Thema. Oftmals hätten sich die Bürgermeister sogar an die Spitze dieser Bewegung gestellt und die Stärkung zivilgesellschaftlicher Maßnahmen zur Chefsache erklärt.

Der zweite wichtige Bestandteil des Programmes sei ein klarer Opferschutz. Ohne die erfolgte Ko-finanzierung durch die Bundesprogramme Entimon und Civitas sei ein solches Programm auf Berliner Ebene jedoch allein nicht finanzierbar.

Piening verwies auf eine weitere Besonderheit der Berliner Situation. Hier würden unmittelbar die ehemaligen Gegensätze von Ost und West aufeinandertreffen. In den durchgeführten Kommunalanalysen hätten sich unterschiedliche Kontexte in der Frage von Bedrohung der Demokratie herauskristallisiert in den beiden Hälften der Stadt. Im Ostteil überwiege das Gefühl, dass eine Gefährdung der Demokratie in erster Linie von rechtsextremistischen Gruppierungen ausgehe. Im Westen hätte sich hin-

gegen auch ein Gefühl der Demokratiegefährdung durch Migrant/innen, Nationalismus und religiösen Fanatismus entwickelt. Auch hätte es in diesem Teil Berlins einen Zuwachs von Antisemitismus aus migrantischem Kontext gegeben.

Dieser Entwicklung soll in zukünftigen Projekten Rechnung getragen werden, indem alle Maßnahmen von zwei Trägern getragen werden sollen, die beide Komponenten repräsentieren. Im Bezirk Kreuzberg-Friedrichshain würde beispielsweise gerade ein kommunales Coaching-Projekt die Arbeit aufnehmen, dass einerseits vom Mobilien Beratungsteam gegen Rechtsextremismus und andererseits von einem Ableger des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg getragen würde.

Zum Abschluss seines Eingangsstatements äußerte Piening den Wunsch, dass die einzelnen Bundesländer bei ihren Bemühungen um finanzielle Unterstützung in Zukunft enger zusammen arbeiten würden.

Der Vertreter der bremischen Senatsbehörde, John Gerardu, räumte zu Beginn seiner Einleitungsrede ein, dass Bremen zu den Bundesländern gehöre, die im Vergleich zu Berlin weniger Geld für die Förderung von Projekten im Kampf gegen Rechtsextremismus bereit stelle. Doch würde auch Bremen in diesem Themenfeld Akzente



setzen, wenn auch andere als in Berlin. So wäre beispielsweise vor kurzem die Funktion eines Ausländerbeauftragten aufgelöst und in die Sozialbehörde integriert worden, um auch auf Behördenebene ein Zeichen zu setzen.

Der Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung würde zwar das Förderungsvorhaben von Projekten gegen Rechtsextremismus auf Bundesebene beinhalten, doch müssten auch den Ländern Fördergelder zur Verfügung gestellt werden.

Gerardu betonte die Notwendigkeit mehr dafür zu tun und nach Wegen zu suchen, dass die verschiedenen Kulturen und Religionen in diesem Land besser miteinander leben können. In Bremen würde man daher jetzt gezielt auf die Förderung des Dialoges zwischen Schule und außerschulischer Jugendarbeit setzen. Besonders in diesem Bereich gebe es große gegenseitige Vorbehalte und auch kulturelle Unterschiede. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung sei die Förderung der Ganztagschule im Land Bremen. Es dürfe nicht wie früher zu einer Trennung zwischen Lehrern und Sozialarbeitern kommen. Für die Überwindung dieses Grabens müsse alles in Frage gestellt werden, einschließlich der Unterrichtspläne. Fächerübergreifender Unterricht unter Einbeziehung von Lehrern und Sozialarbeitern könne als ein Schritt gesehen werden, um eine Abgrenzung zu überwinden.

Auch in anderen Bereichen gebe es Beispiele für Kooperationen, die Mut machen würden. So hätten die großen Bremer Tageszeitungen zusammen mit dem Bildungssektor und den Jugendhilfeträgern eine Diskussion über die Gefahren des Rechtsextremismus angestoßen. Durch das wiederholte Abdrucken von Artikeln, die informierten und aufgeklärten, wurde eine breite Öffentlichkeit geschaffen. Sämtliche Artikel zu diesem Thema werden nun in Buchform gesammelt und für einen geringen Preis im Buchhandel angeboten.

In der sich anschließenden Diskussionsrunde wurden auch noch einmal die besonderen Problematiken der Flächenstaaten angesprochen. Eine Teilnehmerin gab einen Erfahrungsbericht aus Thüringen wieder. Dort hatte die enge Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendarbeit, wie sie auch in Bremen angestrebt wird, zur Schließung von Jugendeinrichtungen geführt. Die Jugendlichen würden dort jetzt angewiesen werden für den Besuch von Projekten auch nachmittags an die Schulen zu kommen. Diese Entwicklung hätte jedoch bei vielen Jugendlichen zu Ablehnung und Abwesenheit geführt, da sich viele einen alternativen Raum zur Schule für ihre Freizeitaktivitäten gewünscht hätten.

Der Vertreter des Landes Bremen betonte, dass die Gefahr der Schließung von Einrichtungen aufgrund enger Zusammenar-

beit in Bremen nicht bestehe. Wohl sehe er aber eine andere Befürchtung aufkommen. Sozialarbeiter könnten in die Situation kommen künftig „Auftragsarbeit“ für die Schulen zu erledigen. Für die Jugendlichen könnte sich damit der Besuch von Jugendeinrichtungen zu Pflichtveranstaltungen entwickeln. Doch dürften die Kolleg/innen aus der Jugendarbeit solche Befürchtungen nicht zu Hindernissen werden lassen, sondern vielmehr den Dialog mit den Schulen und auch untereinander suchen. Grundsätzlich müsse aber über die Frage nach der Zukunftsrelevanz von Jugendeinrichtungen in ihrer gegenwärtigen Form nachgedacht werden. Möglicherweise müssten solche Einrichtungen auch neue Arbeitsfelder für sich entwickeln.

Ein anderer Teilnehmer der Diskussionsveranstaltung berichtete von den Ergebnissen einer Testwahl in Mecklenburg-Vorpommern, die dort vor kurzem im Vorfeld der Landtagswahlen im September 2006 durchgeführt wurde. Die Jugendlichen unter 18 Jahren waren aufgerufen ihre Stimmen für die verschiedenen Parteien abzugeben. Das Ergebnis war laut Bericht des Diskussionssteilnehmers alarmierend. Besonders in Teilen Vorpommerns sei eine erschreckend hohe Zusprache für rechtsextreme Parteien unter den Jugendlichen festgestellt worden. Die Ignoranz der betreffenden Landkreise diesem Ergebnis gegenüber sei jedoch nicht minder erschreckend gewesen.

Der Integrations- und Migrationsbeauftragte des Berliner Senates, Piening, antwortete auf diesen Bericht, dass die entscheidende Frage für die Bekämpfung des Rechtsextremismus der Umgang der jeweiligen politischen Spitze eines Landes mit diesem Problem sei. Bei Verharmlosung der Thematik innerhalb der politischen Führungsgremien, könnten auch engagierte Sozialarbeiter mit ihrer Arbeit nichts bewirken. In Berlin sei das Ziel auch über die angesprochenen Förderprogramme die Bekämpfung des Rechtsextremismus zur Chefsache zu machen. Daher sei der Kern der Programme die politische Auseinandersetzung in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Rechtsextreme Gruppierungen, so Piening, könnten nur im öffentlichen Raum bekämpft werden und nicht hinter den Mauern eines Jugendheimes.

Von einem konkreten Ansatz berichtete eine Teilnehmerin aus Mecklenburg-Vorpommern. Dort seien in 16 Kommunen sogenannte lokale Akteursrunden initiiert worden. Verschiedene Einzelprojekte gingen daraus hervor. In Schwerin entstand beispielsweise ein Projekt mit präventivem Charakter. Dort werden „Bürgermoderatoren“ ausgebildet und es sollen Anlaufstellen für die Bevölkerung eingerichtet werden.

Die Wichtigkeit solcher Bürgermoderatoren betonte auch eine andere Diskussionssteilnehmerin, die beim Mobilien Beratungsteam Brandenburg tätig ist. Sie erzählte, dass viele Menschen in den ostdeutschen Bundesländern nach wie vor nur geringe Vorstellung hätten wie Demokratie funktioniert und was sie ausmacht. Häufig sei ihr die Aussage „wir haben das doch nie gelernt“ begegnet. Daher sei die Frage nach der Vermittlung von gelebter Demokratie bis in die kleinsten Dörfer hinein eine schwierige, aber zentrale Aufgabe. Häufig würde das fehlende Verständnis schon beim Diskussionsverhalten in den kommunalen Gremien und Stadträten beginnen.

Zum Abschluss der Diskussionsrunde bat Thomas Heppener beide Podiumsgäste abschließend um eine Skizzierung der von ihnen gewünschten Entwicklung, welche die Arbeit für Zivilgesellschaft und gegen Rechtsextremismus nehmen sollte.

John Gerardu äußerte trotz persönlichen Pessimismus in dieser Frage den Wunsch nach dauerhafter Finanzierung von Projekten. Besonders für die Projekte, die den Anspruch von Vernetzung und Nachhaltigkeit wirklich erfüllen würden, wüsste er eine größere finanzielle Unterstützung. Der Wunsch Günter Pienings zielte in eine ähnliche Richtung. Die Entwicklung einer strategisch ausgerichteten Infrastruktur, die auf eine langfristige Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus abziele, müsse durch eine langfristige Förderung abgesichert werden und damit aus der Problematik der befristeten Förderung herausgelöst werden.

Herausgeber:

Anne Frank Zentrum
Rosenthaler Straße 39
10178 Berlin
www.annefrank.de

Redaktion: Sylla Kahl
Gestaltung: Jörn Kroppach
Foto: Marlene Hentschel

Die Tagung wurde gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen des Programms Entimon.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

entimon
gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus